

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

3.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5.

Samstag,
19. November 1921

Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.50 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

47.
folge

Inhalt der Nummer:

Die Vorstellung des neuen preussischen Kabinetts.
Wirtschaftliche Wochenübersicht.
Briefe von Siegerländern aus Mexiko. Von Dr. Hans Kruse. (Fortf.)
Der großen Konferenz Beginn.
Die neue Stellungnahme des Reichsverbandes zur Kredithilfe. Von Dr. Otto Hugo.
Kreditaktion und Entstaatlichung der Eisenbahn.
Die Sozialdemokraten und die deutschen Werke.
Was uns bisher geraubt wurde.
Das Finanzjenseit der deutschen Städte.
Das Goslar der volksparteilichen Jugend. Von Ernst Bräuer. (Schluß.)
Das Ergebnis des Bremer Parteitages.
Lebenshaltungsbilanz.
Ein Staat, in dem nicht gestreift wird.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Die Vorstellung des neuen preussischen Kabinetts.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Die große Koalition ist im preussischen Landtag am Donnerstag Nachmittag aus der Taufe gehoben worden. Kein urkräftiger Sprößling, sondern eher von zarter Gesundheit und unsicheren Zukunftsaussichten. Der neue Ministerpräsident, Herr Otto Braun, hatte ganz recht, als er zum Schluß seiner programmatischen Erklärung hervorhob, wie unendlich schwer es sei, vier politische Parteien auf einer Regierungsplattform zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen. Er hatte aber ebenso recht, als er betonte, daß die Schwierigkeiten überwunden werden mußten, da nur eine festbegründete Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien auf die Dauer das innerpolitische Chaos verhüten könne. Auf dieser Erkenntnis fußt die große Koalition. Und wenn man die programmatische Erklärung der neuen Regierung von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, so wird man zugeben müssen, daß sie eine brauchbare Plattform darstellt. Nicht mehr und nicht weniger.

Sehr wohlthuend berührte der warme vaterländische Ton, den die Regierungserklärung in der Frage der geraubten und besetzten Gebiete

anschlägt. Die Rechtswidrigkeit der Sanktionen wird ebenso scharf gebrandmarkt wie der Gewaltakt, durch den die Entente das Schicksal Oberschlesiens zurzeit entschieden hat. Deutsche Intelligenz und deutsche Arbeit werden als die Träger gerühmt, auf denen die Wohlfahrt und das Gedeihen Oberschlesiens ruht. Den geraubten Volksgenossen wird zugerufen, daß wir im Geiste mit ihnen verbunden bleiben und daß unsere geistige und kulturelle Volksgemeinschaft mit ihnen auch durch einen ungerechten und brutalen Rechtspruch nicht zerrissen werden kann. Im übrigen bildet die programmatische Regierungserklärung einen Rahmen, der mit fruchtbarer Arbeit gefüllt werden kann, wobei natürlich alles davon abhängt, was an praktischer Tätigkeit geleistet wird. Das trifft vor allen Dingen auf diejenigen Forderungen zu, die auf eine Erhaltung und Stärkung des preussischen Staatsgedankens abzielen. Es verdient restlose Billigung, daß die neue preussische Regierung sich zu diesem Gedanken bekennt, denn es ist ein zweifellos geltender Grundsatz, daß in dem gegenwärtigen Stadium unserer Reichsneuordnung nur fräftig gestützte Landesbehörden die Stützen der Reichseinheit sein können. Die neue preussische Regierung hat sich also ein gutes Ziel gesteckt. Es kommt nun alles darauf an, wie sie durch eine gesunde Finanzpolitik, durch Gewinnung größerer finanzieller Selbstständigkeit für den Staat und die Gemeinden und durch festen Widerstand gegen alle Absplitterungsbestrebungen den Bestand des preussischen Staates zu sichern und dem Staatsleben einen neuen einheitlichen Antrieb zu geben vermag. Die Zusammenarbeit einer größeren Parteigemeinschaft ist die richtige Grundlage. Die Wahl der richtigen Mittel muß das übrige tun.

Auch in den wirtschaftlichen und kulturellen Fragen trifft die Regierungserklärung den richtigen Grundton. Die Förderung des Wirtschaftslebens, die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die Bekämpfung der wucherischen Preistreiberien, die Sicherung des Gemeinwohls gegenüber dem Vereicherungsstreben des einzelnen — das alles sind Forderungen, die rückhaltlose Zustimmung verdienen. Aber auch hier kommt natürlich alles auf die praktische Durchführung an, und deshalb werden wir abwarten müssen, ob sich der Gedanke der großen Koalition gerade auf diesem Gebiete als schöpferisch frucht-

bar erweisen wird. Ein großer Gewinn ist es an sich schon, daß das wirtschaftliche Programm der neuen preussischen Regierung jede einseitige sozialistische Betätigung ausschließt. Wenn es die Sicherung und den Ausbau der sozialen Gesetzgebung fordert, so wird sich dagegen sicher wenig Widerspruch erheben. Die Grundsätze, die für die Jugendberziehung aufgestellt werden, enthalten nichts, das vom Standpunkte einer gesunden, nationalen Kulturpolitik aus anfechtbar wäre. Wir alle wünschen, daß der Gemeininn gestärkt und gepflegt und eine Versöhnung der Volksschichten durch die Jugendberziehung erreicht werde. Die Erziehung der Jugend zur Staatsgefinnung ist ein ganz vortrefflicher Grundsatz, der gerade in einer Zeit der Zügellosigkeit und der Überspannung des Einzel- und des Klassenwillens nicht eifrig genug gepflegt und nicht früh genug in den Herzen der Jugend befestigt werden kann. Und ganz gewiß wird sich niemand der Forderung in den Weg stellen, daß alle intellektuellen Kräfte unseres Volkes zur vollen Entfaltung und höchsten Ausbildung gebracht werden müssen. War doch der preussische Staat von jeher der Mutterstaat der Volkserziehung, und wenn die neue preussische Regierung dafür sorgt, daß dieser Ruf wieder zurückgewonnen wird, daß alle gewagten Experimente und Kunststücke an dem dazu untauglichen Objekt der Jugendberziehung unterbleiben, so hat sie ein gutes Kulturwerk getan. Schließlich noch die Demokratisierung der Verwaltung! Sie ist durch den häufigen Gebrauch des Ausdrucks zu einem Schlagwort geworden, bei dem schließlich die Auslegung die Hauptsache ist. Die Regierungserklärung stellt die Forderung auf, daß für die Zulassung zu Staatsämtern die persönliche Eignung sowie die fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Bewerber in erster Linie maßgebend sein muß. Das gibt die Gewähr gegen eine mißbräuchliche Anwendung des vorerwähnten Schlagwortes. Und was über die Stellung der Beamenschaft zum Staat und zur Verfassung gesagt ist, hält sich durchaus im Rahmen dessen, was der Staat bei selbstverständlicher voller Achtung politischer Meinungsfreiheit verlangt hat.

Die Aufnahme der Regierungserklärung war außerordentlich bezeichnend. Fortgesetzter Lärm und dauernde Unterbrechung auf der Zinken, unter deren höhnischen Zurufen auch der sozialdemokratische Redner, der an erster Stelle sprach,

besonders zu leiden hatte. Die äußerste Rechte verhielt sich, soweit sie nicht mit zustimmte, schweigend und recht wenig tat die Koalitionsmehrheit, um sich gegen das Toben der äußersten Linken durchzusetzen. Sie verhielt sich im großen und ganzen recht kühl und reserviert, eine Stimmung, die auch in den Reden der einzelnen Parteivertreter zum Ausdruck kam. Am heftigsten gebärdeten sich Unabhängige und Kommunisten gegen die deutschvolksparteilichen Minister, denen sie Schmähsprüche zuriefen. Also kühle Stimmung innerhalb der Koalition, Reserviertheit rechts und heftige Fehdelust auf der Linken. Auf dem sicheren Vertrauensvotum wird die Regierung ihre Leistungsfähigkeit zu zeigen haben.

Wirtschaftliche Wochenübersicht.

Von unserm volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Der gegenwärtige Valutasturz lehrt uns wieder die Gesetzmäßigkeit allen Geschehens. Es wiederholen sich dieselben wirtschaftlichen Vorgänge, die wir nach dem ersten großen Marksturz schon einmal erlebt haben. Es hat ein Sturm auf die deutschen Warenlager eingelegt, bei dem In- und Ausländer in einen Kaufwettbewerb traten, allerdings mit dem Erfolge, daß das Ausland mit seiner stärkeren Valuta einen mächtigen Vorsprung errang. Die Sorge der Industriellen und Kaufleute besteht darin, die geleerten Läger wieder zu ergänzen, was bei dem fortwährend wieder steigenden Rohstoff- und Warenpreisen mit einem nicht geringen Risiko verbunden ist. Die Frage, die alle bewegt, ist nun die, ob der Tiefpunkt der Valutaentwicklung schon erreicht ist oder nicht. Solange die Mark weiter fällt, kann der Kaufmann ruhig weiter einkaufen, denn solange wird er auch Absatz haben. Aber wenn der Rückschlag erfolgt, kommt erfahrungsgemäß bald der große Käuferstreik, den man richtiger als ein Erlöschen der Kaufkraft bezeichnen sollte. Nachdem der Dollar bis auf 310 oder gar 320

emporgeschnitten war, ist ein beträchtlicher Rückschlag erfolgt, der den Dollarkurs wieder bis auf 250 zurückschnellen ließ. Derartige Schwankungen machen natürlich jede Disposition unmöglich. Sie zwingen den Industriellen und Kaufmann, zu spekulieren, und alle Maßnahmen zur Einschränkung der Spekulation können an diesem Zwange der Tatsachen nichts ändern. Die deutsche Wirtschaft ist schwer krank. Das chronische Leiden ist wieder in einen akuten Krankheitszustand übergegangen. Die Fieberkurven der deutschen Valuta schnellen auf und nieder. Ob der Dollar nach dem Rückschlag wieder weiter steigen, die Mark wieder weiter fallen wird, das hängt ganz wesentlich von der außenpolitischen Entwicklung ab. Noch weiß niemand genau, welches Ziel die Reparationskommission bei ihrer Informationsreise nach Berlin im Auge hat. Bei allem Optimismus, der einem Teile der Börsenspekulanten selbst bis zur Katastrophe treu geblieben ist, kann kein Deutscher sich von den Absichten dieser Reparationskommission etwas Gutes versprechen. Kommen neue, unerträgliche Vorschriften und Einschränkungen für unsere Finanzgebarung, so wird der deutsche Kredit weiter geschwächt werden, die Mark weiter sinken.

Die Behauptung der französischen Presse, daß die deutsche Regierung und die deutschen Industriellen den Marksturz künstlich organisiert hätten, um sich ihren Reparationsverpflichtungen zu entziehen, und die trotz ihrer Unförmigkeit im Auslande Glauben findet, hat die Reichsregierung scheinbar zu der Überzeugung gebracht, daß auch sie irgend etwas tun müsse, um das Versinken der deutschen Valuta ins Bodenlose zu bekämpfen und sei es auch nur um den Schein zu erwecken, sich gegen die Entwertung des deutschen Geldes gewehrt zu haben. Niemand wird im Zweifel darüber sein dürfen, daß die Maßnahmen zur Beschränkung der Devisenspekulation nutzlos sind, weil sie nicht die wirtschaftliche Krankheit, unter der wir leiden, sondern nur die Krankheits-

erscheinung bekämpfen. Die Ausschlußbestimmungen gegen die Kleinspekulation in Effekten müssen sogar als schädlich bezeichnet werden, denn sie beschränken den gewerbsmäßigen Großspekulanten in keiner Weise, hindern aber den gewerblichen Mittelstand, seine Ersparnisse gegen die Papiergeldentwertung rechtzeitig zu schützen. Auch der Kampf gegen die Spekulation ist heute zu einem Schlagwort geworden, das den Kern des Problems gar nicht mehr trifft. Ist derjenige wirklich als ein verdammenswerter Spekulant anzusehen, der in den Tagen des Marksturzes Industrieaktien kaufte, um wenigstens einen Teil seines Vermögens aus der Marktfatastrophe zu retten? Gewiß trug er zu den unnatürlichen rapiden Kurssteigerungen auf dem Effektenmarkt ein gut Teil bei. Aber die Ursache dieses Kursfiebers liegt doch auf ganz anderem Gebiet. Und wenn auch in Deutschland niemand spekuliert hätte, so wäre der Markkurs doch gesunken und die Industrieaktien wären, in entwerteten Papiernoten ausgebracht, wertvoller geworden. Die gewaltige Schwächung des deutschen Kredits infolge der unsere Wirtschaftskraft weit übersteigenden Reparationszahlungen hat erst die jetzige Konjunktur geschaffen, die das Ausland veranlaßt, die Marknoten um jeden Preis auf den Markt zu werfen, jede Kreditgewährung an Deutschland abzulehnen und dadurch kund zu tun, daß es jede Hoffnung auf eine Gesundung der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft aufgegeben hat. Wenn diese Kreditentziehung weiter andauert, bleibt Deutschland auch weiter auf die Notenpresse angewiesen, um von Tag zu Tag seine Bedürfnisse zu decken. Ohne internationalen Kredit kann heute kein Volk leben und wirtschaften, um wieviel weniger gar jährlich drei Goldmilliarden an die ausländischen Gläubiger abführen. Die unerfüllbaren Reparationsforderungen unserer Gegner haben den deutschen Kredit im Ausland wie im Inlande zerstört. Aus dieser einen Quelle stammen alle unsere Leiden.

Briefe von Siegerländern aus Mexiko.

Ein Beitrag zur Geschichte des deutsch-amerikanischen Bergwerksvereins 1823—1836.

Von Dr. Hans Kruse, Siegen.

(Fortsetzung.)

61)

Aus diesen Zerspaltungen drangen an vielen Stellen, sowohl im Krater, als oben auf dem Lavastrome, heiße nach Salzsäure und Schwefel riechende Dämpfe, welche von den aus dem kleinen Rißchen des Mal pais emporgetriebenen Wasserdämpfen sehr verschieden sind.

Wir stiegen mit einiger Mühe, jedoch ohne Gefahr zu bestehen, in den Krater hinab. Alles sah hier noch so frisch aus, als ob er erst gestern entstanden wäre. Nur der Feigenbaum fand, was uns in nicht geringe Verwunderung setzte, auf der dünnen, klingenden Lava und ohne eine Spur vegetabilischer Erde, noch Nahrung genug, um recht freudig zu wachsen. Wir sahen im Krater wohl 5 Exemplare desselben, außerdem aber keine andere Pflanze, nur hier und da ein einzelnes Farrenkraut. Wir stiegen auf einem anderen Wege hinab und besuchten eine warme Quelle, welche 1 Legua vom Jorullo nordwestlich entfernt unter dem Lavastrom des Mal pais in solcher Stärke hervorbringt, daß sie gleich mehrere Mühlräder treiben könnte. Sie fördert das Wasser des Baches zu Tage, welches vor der furchtbaren Eruption die Zuckerplantagen der schönen Hacienda Jorullo (sie stand da, wo jetzt der Krater ist) bewässerte, der aber seitdem verschwunden und hier erst wieder als warme Quelle zum Vorschein gekommen ist. Das Wasser hat ungefähr 24 Grad und ist ganz geschmacklos. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß die Erscheinungen auf dem Mal pais und diese heiße Quelle von dem noch nicht geschehenen Erkalten des alten, mit einem schlechten Wärmeleiter, der vulkanischen Asche, bedeckten Lavastroms herrühren. Am 3ten besuchten wir noch einmal das Mal pais. Ich schoß mehrere schöne Vögel, u. A. einen Ara, den ich aber nicht bekam, weil er einen hohen Felsen herabfiel und ich zu müde war, hinab und wieder hinauf zu steigen. Abends gingen wir, nachdem ich den Jorullo gezeichnet hatte, in's Thal und schliefen herrlich unter freiem Himmel und traten am 6. Dezember unsere Rückreise an. Wir übernachteten wieder in

Ario und Pascuaro und hielten, um unsere ermatteten Thiere ruhen zu lassen, einen Rasttag in Morelia. Von da gingen wir bis zur Hacienda de campo Gerentaro (?). Wir sahen daselbst ungeheure Fluren von Chile (spanischem Pfeffer) und der Derwaller erzählte uns, daß er dessen jährlich für 50 000 Pesetos verkaufe. Die Konsumtion dieses mir ganz unerträglichen Gewürzes ist hier ungeheuer. Den Einwohnern schmeckt keine andere Speise, als die, welche damit angemacht ist. Mir brennt jedesmal der Mund, wenn ich diese abscheulichen Ragouts essen muß. Am 11. Dezember kamen wir zwar wohlbehalten, aber nur mit einem einzigen Thaler noch versehen, zu Anganguero an, von wo ich mit Dr. Schiede am 14ten hierher abreiste. Hier fanden wir wieder Alles im Aufstande gegen die Regierung und dem Lande drohte ein Bürgerkrieg. Möge es endlich einmal der Ruhe theilhaftig werden, deren es bei seinen zerrütteten Finanzen und zur Herstellung einer tüchtigen Verwaltung und der Sicherheit des Landes so nothwendig bedarf. Ich glaube, dieser Zeitpunkt ist noch weit entfernt.

Auf unseren Gruben geht Alles nach Wunsch. Leider macht aber die Direction, welche einzig aus Herrn Schleiden zu bestehen scheint, unbegreifliche Streiche und ich fürchte, daß dadurch alle meine große Mühe und alle die eifrige Sorgfalt, die ich auf das Gelingen verwendete, verloren sind. Es sollte mir leid sein, wenn es dahin käme, aber mich wird das Bewußtsein beruhigen, mehr noch gethan zu haben, als meine Pflichten erforderten hätten. Auch habe ich es nicht an Warnungen fehlen lassen, die vielleicht zu spät gekommen sind. Auf Heuslers Rath, wie mir scheint, hat sich die Direction verhalten lassen, den Betrieb der Stein und v. Gerold'schen Werke, gemeinsam mit der westindischen Handels Compagnie, in der Absicht zu übernehmen, um auf diese Weise zu den Summen zu gelangen, welche Stein aus der Casse des Vereins genommen und auf Zacualpan verwendet hat. Herr v. Gerold hat den Leuten vorgeschwindelt, daß mit 10 000 Thaler zur Ausbeute zu gelangen sei!! Zweifelhaft ist es, ob solche jemals erfolgt, gewiß aber, daß bis zur Entscheidung wenigstens 150 000 verwendet werden müssen. So werden sich diese Herren, Stein und v. Gerold, wieder einnisten und den Verein zur guten Milchkuh, was er früher war, herabwürdigen. Zudem lasten auf den Menschen weit über 150 000 Pesos Schulden, die erst bezahlt werden müssen, ehe der Verein Ausbeute ziehen kann. Kaum glaublich ist es, wie man sich so tief

Der großen Konferenz Beginn.

Präsident Harding hat am Samstag im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika die so viel besprochene Abrüstungskonferenz in der Bundeshauptstadt Washington mit einer Rede formell eröffnet, und dann hat sich die erlauchte Versammlung gleich wieder vertagt. Der Grund dafür liegt in der gegenseitigen Eifersucht der hochgebildeten Staatsmänner, die sich dort versammelt haben, um über die Geschichte der Welt zu beraten. Auf Hardings Vorschlag sollte im Namen der eingeladenen Mächte Briand als der einzige Regierungschef antworten, doch paßte diese Bevorzugung des französischen Ministerpräsidenten den Vertretern der übrigen Mächte nicht, die so keine Unterscheidungen nicht verstehen, weil sie sie nicht verstehen wollen. So war man auf den Ausweg verfallen, die Häupter der verschiedenen Abordnungen erst am Montag sprechen zu lassen, welche Haupt- und Staatsaktion somit den zweiten Sitzungstag gebührend ausgefüllt hat.

Warum das alles hier so eingehend behandelt wird? Weil nichts besser den Geist kleinlicher Eifersucht der Staatsmänner von heute kennzeichnet, als jene Ränke darüber, wer für die Gesellschaft als Wortführer aufzutreten berechtigt ist. Wenn es so lange dauert, bis man überhaupt in der Lage ist, in ernsthafte Beratungen einzutreten, dann wird man sich nicht wundern, wenn jetzt schon die Dauer der Konferenz auf Monate berechnet wird. Das Ganze erinnert ein wenig an die Vorgänge auf dem Wiener Kongreß, der vor etwas über hundert Jahren tagte und auch vor lauter Reden, Festen, Intrigen, Eifersüchteleien und Streitereien zu keinem Ergebnis gelangen konnte, bis plötzlich die Landung Napoleons von Elba die ganze Horde befriedeter Diplomaten mit ihrem weiblichen Anhang auseinanderjagte. Eigentlich ist es schade, daß heute

nirgendwo ein Napoleon sitzt, der ebenso dazwischenfahren könnte. Je größer die Erwartung ist, mit der die Völker nach Washington blicken, desto größer wird auch die Gefahr einer Enttäuschung. Wirtschaftlich liegt die ganze Welt darnieder, von Fieberschauern geschüttelt. Die Heilung kann nur von Amerika kommen, wenn es die Kriegsschulden der Alliierten streicht unter der Bedingung, daß die deutschen Kriegslasten entsprechend erleichtert werden. Aber von Amerika kommt die Kunde, daß man trotz Konferenz an einen solchen Schritt der Vernunft, nicht der Großmut, gar nicht denkt. Die Zahl der Arbeitslosen ist dort größer als hier — das wird als Grund dagegen angeführt und sollte doch gerade Amerika den Gedanken nahelegen, daß ihm sein zweitbesten Absatzmarkt fehlt. Die Konferenz soll sich vornehmlich mit der Abrüstungsfrage beschäftigen. Dazu gehört nicht weniger, als eine Verständigung aller beteiligten Mächte über die Probleme des fernen Ostens und eine Beruhigung Frankreichs, das sich noch immer von deutscher Kraft bedroht glaubt. Werden Harding und Hughes sich als Männer von solchem Kaliber erweisen, daß sie imstande sein werden, alle diese Gegensätze auszugleichen und die ungeheuer schweren Probleme zu lösen? Der Geist, der augenblicklich in Washington vorherrscht, läßt so staatsmännische Eigenschaften kaum voraussehen. Mißlingt die Konferenz aber, dann ist die Gefahr neuer ernster Verwicklungen, von großen Zusammenstößen noch schwerer, als zuvor. Was wird werden?

Die neue Stellungnahme des Reichsverbandes zur Kredithilfe.

Von Dr. Otto Hugo,

Mitgl. des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, nachdem die Kommission zur weiteren Be-

handlung der Kreditation durch Vertreter der mehr oppositionellen Richtung verstärkt worden ist, die Bedingungen erneut formuliert und der Reichsregierung überreicht, unter denen dem Reichsverband die Durchführung der Kreditation allein möglich erscheint. Die Hauptforderung, die erhoben wird, ist der Verkauf der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftlich-juristische Person. Die Gedankengänge, die zu dieser Forderung geführt haben, sind rein finanzwirtschaftlicher Natur. Die Industrie geht von der Voraussetzung aus, daß die Aufnahme einer Goldanleihe zur Weiterführung der deutschen Politik nur dann einen Sinn hat, wenn einmal durch Verhandlungen mit der Entente die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer anderen Lösung zugeführt werden, und wenn zweitens die deutschen Reichsfinanzen in Ordnung kommen. Jeder, der das Ziel im Auge hat, dem deutschen Volke wirklich zu helfen, wird unbedingt zugeben müssen, daß hier die beiden Kardinalpunkte, auf die es ankommt, richtig herausgeholt sind. Die Gedankengänge, von denen die Reichsregierung bei der Beurteilung der Aktion ausgeht, waren allerdings etwas anders eingestellt und ebenso die ersten Bemühungen, die der Reichsverband der deutschen Industrie um die Durchführung der Goldanleiheaktion angestellt hat. Das, was hier zur Voraussetzung gemacht wird, erschien dort mehr als zu erstrebendes Ziel: Mit Hilfe der Goldanleihe die Zeit zu gewinnen, um zum Erfolg des Affordes durch die Wirkung der Weltkrise und durch Verhandlungen zu gelangen. Die Veränderung der Stellungnahme des Reichsverbandes liegt darin, daß dieses zu erreichende Ziel bereits zur Voraussetzung der Ausführung der Aktion gemacht wird, indem „auf diesen Grundlagen“, d. h. der Abänderung der Zahlungsverpflichtungen, mit unseren Vertragsgegnern die Verhandlungen zur Aufnahme der Goldanleihe in Verbindung mit den deutschen Banken fortgeführt werden sollen.

einlassen konnte, ohne mich, der ich doch an Ort und Stelle richtiger beurtheilen konnte, zu fragen. Noch immer hoffe ich, daß die verloren gegangenen Depeschen diese Frage über einen für den Verein so wichtigen Gegenstand enthalten haben und daß noch nicht alle Hoffnung verloren ist, einen Nachtheil abzuwenden, der über lang oder kurz den Untergang des Unternehmens herbeiführen würde. Ich kenne diese Herren und weiß, daß ihr einziges Streben dahin geht, auf jedem Wege Reichthümer zu erwerben.

Friedrich, der einige Wochen in Cardonal war, um dort Schmelzversuche zu machen, wird jetzt wieder in Chico sein. Er ist wohl und schickt mir vielleicht noch einen Brief an Euch.

Mexiko, den 23. Dezember.

Diese ganze Nacht und bis 10 Uhr Vormittags haben sich die beiden Parteien in der Stadt geschlagen. Zuletzt hielten sich nur noch 200 Mann in dem Palaste, welche endlich auch die weiße Fahne aufstaketen. Im vorigen Jahre um diese Zeit unterlag die jetzt siegreiche Partei und die damaligen Sieger schändeten sich mit Mord und Plünderung. Die heute zur Oberhand gekommene Partei hat besser Ordnung gehalten und tüchtig feuern lassen, als zur Plünderung geschritten werden sollte. Es war lustig anzusehen, wie dieser Janhagel auseinander stob. In diesem Augenblick (es ist 12 Uhr) ist alles wieder ruhig und die Revolution ist vorüber, wenn es Cerero nicht gelingt auswärts neue Streitkräfte zu sammeln, wozu aber keine Aussicht da sein soll. Das Gesecht war, obwohl man nach der Zahl der Schüsse rechnen mußte, daß viel Blut vergossen wurde, höchst unbedeutend. Es sollen im ganzen nur 20 Mann verwundet und getödtet sein.

Vor dem Abgange des Packets werde ich Euch die weiteren Erfolge dieser Revolution mittheilen können.

Mexiko, 6. Januar 1830.

Prosit zum neuen Jahre! Möge es uns glücklich wieder zusammenführen! Ich darf es hoffen, denn ich bin wohl und habe, trotz aller Schicksalstücke, den Muth nicht verloren.

Das Packet hat mir diesmal die Zeit recht lang gemacht, denn es kam erst am 29ten v. Mts. hier an. Wenn Dir, liebe Louise, Eisenbäder so gut bekommen, so wird es rathsam sein, sie jeden Sommer zu wiederholen. Mina ist ja gewaltig gewachsen.

Hoffentlich ist sie auch an Geistesbildung, Geschicklichkeit und Tugend in gleichem Maße vorgeschritten.

Du erhältst hierbei die von mir begehrte Anweisung, von welcher Du Gebrauch machen willst, wenn sich eine sichere Gelegenheit zur Unterbringung des Kapitals findet. Sollten die preussischen Staatspapiere nicht zu hoch stehen, so halte ich es immer noch für das Beste, deren zu kaufen, und sich auf diese Weise, ganz unabhängig von den Leuten zu Elberfeld, in den Besitz des Geldes zu bringen.

Die Spanier, lieber August, sind übel nach Hause geschickt worden. Sie werden hier nie wieder festen Fuß fassen, aber die Unruhen im Lande selbst können noch lange dauern. In dem Augenblicke scheint es zwar, daß die jetzt zur Oberhand gekommene aristokratische Partei feststehe und daß die Sache mit dem Gesecht auf den Dächern in der Nähe des Palastes entschieden ist. Aber der politische Zustand von Mexiko gleicht einem Vulkan. Von dem Schicksal der Türken hast Du wohl eine zu schwarze Ansicht. Die anderen würden sie wohl zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts nicht ganz sinken lassen.

Die Direktion zu Elberfeld hat wirklich den gefürchteten Streich zur Ausführung gebracht. Ich bin wie aus den Wolken gefallen, werde aber thun, was ich kann, um das Interesse des Vereins, welches diese Herren so sehr verkannten, aufrecht zu erhalten.

Friedrich, der zu Cardonal und Oro war, ist erst vor einigen Tagen wohl nach Chico zurückgekehrt. Wenn keine außerordentliche Gelegenheit sich findet, so kann er erst bis Montag schreiben und dann ist das Packet schon fort. Fahren die Herren in Elberfeld fort, solche Albernheiten zu machen, so werde ich Friedrich nicht hier lassen. Möglich ist es daher, daß wir zusammen kommen.

In wenigen Tagen kann das nächste Packet, welches mir Eure Briefe vom November bringt, schon einlaufen. Mit ihm kommt der Preuß. General-Consul, Geh. Regierungsrath Koppe, v. Gerold als Consuls-Sekretär; der Hüttenschreiber Schmitz, der mit $\frac{2}{3}$ seiner Zeit für den Verein und mit $\frac{1}{3}$ für Zacualpan angestellt ist (ein herrlicher Unfinn, wie dessen ganze Sendung), ferner Schwarze von Heidelberg, der in Müsen war, und der Faktor Schmitz von Ramsbeck, letztere beide auf mein Begehren für den Dienst des Vereins.

(Fortsetzung folgt.)

Auch in den ersten Kundgebungen des Reichsverbandes zur Goldanleiheaktion war bereits die Forderung der sparsamen Finanzwirtschaft des Reiches erhoben und dabei bereits auf die Notwendigkeit der Ersparnisse bei den Betriebsverwaltungen des Reiches angespielt. Die jetzige Erklärung faßt die Frage der Gesundung der Staatsfinanzen in positiverer Form an: Beseitigung des gewaltigen Finanzdefizits der Eisenbahnen. An die Stelle des Defizits soll von einem nicht zu fernliegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahn Zinseinnahmen zugunsten des Reiches bringen, während vorläufig die Entlastung von allen Zuschüssen, die der Reichsfinanzminister für das laufende Jahr auf 19 Milliarden Mark bezifferte, unmittelbar herbeigeführt werden soll.

Vom rein wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt aus betrachtet, ist die sachliche Forderung, die Zuschüsse zu den Betriebsverwaltungen zu beseitigen und an ihre Stelle durch eine rein wirtschaftliche Handhabung der Eisenbahnunternehmungen Staatseinnahmen aus den Eisenbahnen treten zu lassen, eine Forderung, die gebieterisch von der Not des Reiches erhoben wird. Auch diejenigen Kreise, die ablehnend dem Gedanken zur Stunde gegenüberstehen, werden vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus die Berechtigung der Forderungen nicht verkennen können, denn schließlich ist das Reich die höchste Sorge aller und sein Wohlergehen das höchste Gesetz. Die Widerstände, die unmittelbar dem kühnen Gedanken der Privatisierung der Eisenbahnen — wobei das Reich unbedingt ruhiger späterer Gewinne sein muß — entgegenstehen, erwachsen aus politischen Auffassungen. Die Gegner sehen in der Form der Staatswirtschaft eine wertvollere Wirtschaftsform als in der Privatwirtschaft. Sie ziehen es vor, als Arbeitnehmer und Angestellte der Staatsobhut unterstellt als von einer Privatwirtschaft abhängig zu sein. Gerade aus der Tatsache heraus, daß der Staat als Arbeitgeber nicht wirtschaftlich arbeiten kann, weil er sich in politischer Abhängigkeit von seinen eigenen Beamten und Angestellten befindet, sind die Gewerkschaften und Beamtenorganisationen mit ihren scharfen Protesten gegen die Privatisierung der Eisenbahn hervorgetreten, so daß die erste Wirkung der Veröffentlichungen der Beschlüsse des Reichsverbandes in dieser wichtigen Frage die Spaltung der politischen Heerlager in Deutschland bedeutet.

Auch wenn man grundsätzlich der Ansicht ist, daß das Volksganze das höhere Recht hat und deshalb die Beseitigung der Finanznot der leitende Gesichtspunkt für den Politiker sein muß, und nicht die politische Vorliebe für eine Wirtschaftsform, wird man die Frage aufwerfen können, ob es politisch klug war, in entscheidender Form die Forderung im Augenblick zu erheben. Soll die Goldanleiheaktion politische Wirkungskraft gewinnen, so tut ihre Beschleunigung not. Daß diese durch die hervorgerufenen politischen Wirkungen gefördert würde, wird niemand behaupten wollen. Nachdem aber die Erklärung erfolgt ist, läßt sie sich nicht ignorieren. Es wird deshalb erforderlich sein, daß die Reichsregierung eine klare Stellung dazu einnimmt. Daß es ihr nicht leicht werden wird, zwischen den politischen Klippen hindurch die Goldanleihe zu retten und wirksam werden zu lassen, darüber darf sich niemand einem Zweifel hingeben. Wir sind eben innerpolitisch noch nicht so weit, daß man sich vorurteilslos gegenüberstellt. Die Zusammenfassung der politischen Kräfte der Wirtschaft und der Arbeiterschaft ist aber auch eine Voraussetzung, ohne die weder im Innern noch nach außen erfolgreich Politik gemacht werden kann. Es wird Aufgabe des Reichsverbandes, der die Fragen nur wirtschaftlich wertet und nicht politisch ansieht, sein, selbst alles zu tun, mit der Arbeitnehmerschaft eine Verständigung herbeizufüh-

ren, damit die deutsche Politik nicht erneut im Parteihader stecken bleibt und versinkt.

Unsere Freunde wollen dem „Beobachter“ ihre Anzeigen zuweisen, nicht nur die Geschäfts-, sondern auch die Familien-Anzeigen. Die Leser des „Beobachter“ müssen wissen, daß das sie verbindende geistige Band einen materiellen Einschlag wohl vertragen kann.

Kreditaktion und Entstaatlichung der Eisenbahn.

Die Regierung hat am Montag noch keine Stellung zu den bekannten Bedingungen genommen, unter denen der Reichsverband der deutschen Industrie durch seinen Ausschuß die Aufnahme eines privaten ausländischen Kredites für Reparationszwecke in Aussicht gestellt hat. Sie wird aber bald — so wird versichert — ihre Stellung bekannt geben und wir zweifeln gar nicht daran, daß sich daraus eine Ablehnung der vorerwähnten Bedingungen ergeben wird. Die Reichsregierung kann ihrer ganzen politischen Einstellung nach an der Tatsache nicht vorbei, daß die Sozialdemokraten, wie im übrigen auch die Demokraten auf dem Bremer Parteitag, scharfe politische Gegner einer Entstaatlichung der Eisenbahnen sind und daß die gewerkschaftlichen Vertretungen ein naheliegendes Interesse daran haben, die Waffe, die sie mit der Beherrschung des Eisenbahnbetriebes gewonnen haben, nicht aus der Hand zu geben. Aus dem gleichen Grunde ist es auch wohl verständlich, wenn der deutsche Beamtenbund sich gegen die Entstaatlichung der Reichseisenbahnen wendet. Wenn die Frage vom Standpunkt dieser politischen und wirtschaftlichen Interessen aus entschieden werden soll, so muß die Entscheidung eine ablehnende Antwort auf die Bedingungen der Industrie sein. Daran ist nicht zu zweifeln.

Leider ist diese Wirkung mit auf die ungeschickte Form zurückzuführen, in der der Vorschlag der Industrie vorgebracht worden ist. Doch wird dadurch die Art und Weise nicht entschuldigt, wie die sozialdemokratische Presse und auch einzelne gewerkschaftliche Organisationen die ganze Angelegenheit jetzt bewußt verzerren. Sie reden von einem politischen Erpressungsmanöver, das von der Absicht geleitet sei, die Not des Volkes auszunutzen, von kapitalistischen Profitjägern usw. Diese gänzlich unberechtigten Schlagworte täuschen niemanden darüber hinweg, daß der Kerngedanke, den die Bedingungen der Industriellen enthalten, eine unbestreitbare wirtschaftliche Berechtigung hat. Der Übergang der Reichseisenbahn in Privathände ist, vom staatspolitischen Standpunkte aus gesehen, zweifellos ein Rückschritt. Heute steht jedoch die Hauptforderung allen anderen voran, daß unsere Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden müssen, wenn überhaupt jemals der Druck von außen nachlassen soll. Dieses Ziel hat der Reichsverband der Industrie im Auge, kein anderes. Deshalb ist es auch mit der Anwendung von Schmäh- und Schlagwörtern nicht getan. Sondern derjenige, der die Privatisierung der Eisenbahnen als Mittel ihrer finanziellen Wiederherstellung ablehnt, muß die Gewähr dafür bieten, daß das Reich endlich seine Pflicht in dieser Richtung erfüllt. Die Reichsregierung hat bisher die Aufgabe nicht gelöst. Wenn sie die Bedingungen der Industrie ablehnt, muß sie unbedingt ihrerseits die finanzielle und wirtschaftliche Aufgabe lösen, deren Erfüllung die Industrie als Vorbedingung jeder Kreditaktion

ansieht. Vielleicht wird sich auch auf dieser Grundlage eine Fortsetzung der Kreditaktion ermöglichen lassen. Der Versuch muß unter allen Umständen gemacht werden, da ein Scheitern der Aktion die schlimmsten Folgen haben muß.

Die Sozialdemokraten und die deutschen Werke.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, was sie bisher gegen die Stilllegung der Deutschen Werke durch die Entente getan habe und was sie weiter zu tun gedenke. Wäre der Gegenstand nicht so bitter ernst, so könnte man über diese sozialdemokratische Interpellation eine heisende Satire schreiben. Sind doch die Sozialdemokraten in erster Linie die Verfechter der Anschauung, daß gegenüber den Machtbefehlen der Entente die Unterwerfung der einzige Ausweg sei! Hat doch die Sozialdemokratie eben erst wieder durch ihre Haltung den Ausschlag für eine Annahme der oberösterreichischen Entscheidung gegeben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist die kräftigste Stütze des Kabinetts der Erfüllung, das Herr Dr. Wirth von neuem gebildet hat und das eingeständenermaßen die Aufgabe verfolgt, die Gegner durch Erfüllung zur Vernunft zu bringen. Wie kann diese Fraktion der Regierung der Erfüllung in den Arm fallen, indem sie von ihr fordert, etwas gegen die Entente und ihre Gewaltpläne zu tun. Muß sie nicht gewärtig sein, daß Herr Dr. Wirth sie auf ihre bisherige Haltung verweist, die stets mit einer widerstandslosen Unterwerfung unter das Diktat der Entente gleichbedeutend war. Umgekehrt könnte man auch sagen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Kabinett des Dr. Wirth etwas ganz Programmwidriges zutraut, wenn sie von ihm ein energisches Einschreiten gegen die Entente verlangt. Also seltsame Widersprüche, von welcher Seite man auch die Interpellation betrachtet.

Die Arbeiter der Deutschen Werke haben sich unmittelbar mit dem General Rollet in Verbindung gesetzt. Dieser Weg ist zwar nach guten alten Begriffen ein schwerwiegendes Staatsvergehen, da die deutsche Regierung von den Arbeitern einfach als Laus betrachtet wird. Den Arbeitern kommt es aber in diesem Falle auf den Erfolg an, und von diesem Gesichtspunkt aus ist ihr Vorgehen eine der bittersten Lektionen für Herrn Dr. Wirth und für Hermann Müller. Die Arbeiter erwarten weder von der sozialdemokratischen Interpellation noch von Herrn Dr. Wirth den geringsten Erfolg, und damit beweisen sie mehr Einsicht, als die sozialdemokratischen Interpellanten.

Was uns bisher geraubt wurde.

In der neuerdings erschienenen Schrift „Die Folgen der Marktentwertung für uns und die anderen“ von Dr. Hans Behnsen und Dr. Werner Genszmer (Verlag Meiner-Berlin) wird in sehr wirkungsvoller Weise zusammengestellt, was uns bisher der Verlust des Krieges an materiellen Gütern gekostet hat:

Verluste an Volksvermögen in Privathänden.	
Liquidation deutschen Eigentums im Auslande	16 000 000 000 .M
Abgelieferte Handelsflotte (4,6 Millionen Bruttoregistertonnen)	2 300 000 000 .M
Abgetretene Überseefabel	85 418 979 .M
Volksvermögen in den abgetretenen Gebieten	25 000 000 000 .M
etwa 43,4 Gold-Milliard.	

Zwangslieferungen bis zum 1. April 1921:	
Rollendes Eisenbahnmaterial . .	1 324 690 000 M
Eisenbahnfahrzeugsachteile . .	1 549 500 M
Landwirtschaftliche Maschinen . .	17 094 488 M
Rüchlieferungen an industriellen Maschinen	179 000 000 M
Viehlieferungen	140 000 000 M
Kohlen und Koks	430 000 000 M
Farbstoffe, Ammoniak und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse	31 000 000 M
etwa 2,2 Gold-Milliard.	

Gesamtverlust etwa 79,1 Milliarden.

Das Finanzelend der deutschen Städte.

Gemeinden. Der Oberbürgermeister von Berlin bezeichnete die Lage als furchtbar ernst. Wenn der Notruf nur nicht zu spät kommt!

11.

Unsere heimatgebundene Jugend feierte zur Eröffnung unserer Zusammenkunft Hermann Löns, Reichstagsabgeordneter Dr. L u t h e r, der sinnige, aufrechte Leiter unsere Tagung in Goslar, dessen Persönlichkeit von vornherein die Gewähr für ein starkes Gelingen gab, wußte schon an diesem Abend in seiner Rede — Löns zum Gedächtnis — das Wort zu finden, das durch unsere Tagung ging und weiter durch unsere ganze Bewegung hindurch gehen soll: *Werdet ganze Kerls!* In innerer Beziehung zu jenem Heimatabend stand auch der Ausklang unserer Tagung, eine Waldfeier der naturfreundigen Jugend. Rundgänge durch die Kaiserstadt waren der Einfuhr in mittelalterliche deutsche Kunst und stolze deutsche Vergangenheit gewidmet, wieder einmal uns stärkend im Eigenbewußtsein, im Bodenständigem gegenüber völlergemischtem Kitsch jeder Art und rückhaltloser Fremdtümelei. Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung boten Goslarer Freunden Gelegenheit, uns an Ort und Stelle in die Berg- und Forstwirtschaft einzuführen

Das Interesse für solche Dinge liegt an sich unserer Jugend. Es wurde gefördert durch die starke wirtschaftspolitische Note unserer Goslarer Tagung, die unsere hauptsächlichsten Berufsstände und Wirtschaftskreise zur Anschauung brachte. Die überragende Bedeutung, die das Wirtschaftsleben für die weltpolitische Geltung Deutschlands seit den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts gehabt hat; die Fesseln, in die es der sog. Friedensvertrag, aufgebaut auf der Schuldlüge, geschlagen hat, kennt eine liberale Jugend. Wir sehen aber auch die Rolle der „Siegerstaaten“, die vergebens versuchen, das wirtschaftliche Deutschland aus der Weltwirtschaft auszuschneiden. Die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands erkannt und diese vielleicht einmal als Aktivposten für unsere Außenpolitik zu sehen... das sollte genügen, mit allen Mitteln den für gewöhnlich zu beobachtenden Ab-

Zur Lösung dieser Aufgabe wird man nicht auf Methoden einer früheren Zeitrechnung zurückgreifen, die vornehmlich Wissen anhäufte, z. B. über der Beschäftigung mit der Staatsbürgerkunde viel zu wenig an staatsbürgerlicher Charaktererziehung gab, soweit letzteres z. B. in unserem Schulwesen — im Gegensatz zu England — überhaupt möglich ist. Vielleicht füllen gerade diese Lücke die politischen Jugendverbände mit der Zeit aus, die, wie wir, z. B. neben Vorträgen über staatsbürgerliche Rechte und Pflichten besonders viel davon halten, daß unsere Jugend unter Einbeziehung ihrer Person sich in öffentlichen und körperschaftlichen Einrichtungen für das Allgemeinwohl betätigt. Entsprechend werden wir über der Wirtschaftskunde nicht die Anschauung, die Berührung mit dem Wirtschaftsleben vergessen, um so dazu zu helfen, deutsche Wirtschaftsbürger werden zu lassen.

Durch die Jugend, unser werdendes Staatsvolk, soll wie anno 1813 der Sinn dafür wach werden, daß Größe, Heldentum, Bewährung nicht nur im Privatleben, in der Berufsarbeit, sondern ganz besonders im Staatsleben zu suchen ist. Dort sind Charaktere, ganze Persönlichkeiten, am notwendigsten, deren Vorbilder wir in einem Fichte, einem Bismarck sehen. Solchen Männern zukünftig den Weg zu bereiten, arbeite unsere deutsche Jugend an sich selbst, ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt!

Bei der letzten Regierungskrisis im Reich hat es die Demokratische Partei an einem klaren Kurs recht sehr fehlen lassen. Die demokratische Reichstagsfraktion vertrat zunächst den richtigen Standpunkt, daß das Kabinett Wirth seiner eigenen Tod für den Fall einer unangünstigen überraschenden Entscheidung viel zu häufig angeknüpft habe, um dann schließlich seelenruhig im Amte zu bleiben, nachdem der Schlag härter als erwartet, gefallen war. Sie ist auch folgerichtig nicht wieder in das neue Kabinett Wirth eingetreten. Trotzdem aber hat sie sich an dem Votum für das neue Kabinett Wirth mit Ja betheiligt und, nachdem Rathenau aus dem Kabinett ausgeschieden war, in dem vielgewandten Herrn Schiffer den Hauptkommissar für die sogenannten deutsch-polnischen Verhandlungen gestellt. Daß den Anhängern im Lande dabei etwas grün und blau vor den Augen wurde, kann nicht wundernehmen. Nun hat der Parteitag in Bremen stattgefunden und auch er hat die Klärung nicht gebracht. Der Parteitag hat in seiner Entschließung zunächst der Opposition ein gewisses Zugeständnis gemacht und dann der Reichstagsfraktion sein Vertrauen ausgesprochen. Somit sind die Parteigänger im Lande genau so klug wie vorher. Man hat der Reichstagsfraktion auch keine bestimmte Richtlinie für ihr künftiges Verhalten gegeben.

tiges Verhalten gegeben, so daß es nach wie vor unsicher ist, ob die Fraktion in das Kabinett Wirth eintreten wird. Vielleicht ziehen die Demokraten die Sache noch weiter in die Länge und überlegen sich bis zur Entscheidung über die Steuerfragen, was sie tun sollen. Die beiden Seelen, die, ach, in ihrer Brust wohnen, haben in Bremen unentschieden gerungen.

Lebenshaltungsbilanz.

Stand des Dollars in Berlin vor Annahme des Ultimatums: 58 M.

Bildung des Kabinetts Wirth und Annahme des Ultimatums am 10. Mai 1921;

Stand des Dollars im Juni: 69 M., im Juli 76,5 M.

Verordnungen zur Beschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit am 30. August;

Zahlung der ersten Reparationsrate am 31. August;

Stand des Dollars am 10. September: 100 M.;

Differenzen mit der bayerischen Regierung und Rücktritt des Ministerpräsidenten Raßb am 12. September;

Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am 30. September;

Wiesbadener Abkommen am 6. Oktober;

Stand des Dollars am 8. Oktober 123 M.;

Bekanntwerden des Beschlusses des Völkerbundrates über Oberschlesien am 16. Oktober;

Stand des Dollars am 17. Oktober: 194 M.;

Neubildung des Kabinetts Wirth am 25. Oktober;

Stand des Dollars am 3. November: 215 M.

Ein Staat, in dem nicht gekreist wird.

Auf der Landkarte sucht man ihn vergebens, diesen Wunderstaat, in dem die Arbeit dazu da ist, daß man sie verrichtet, nicht dazu, daß man sie in dem Augenblick niederlegt, in dem sie am wenigsten entbehrlich ist. Man findet ihn aber, wenn man in der Natur Umschau hält. Der Mensch braucht gar nicht so weit zu suchen. Jeder kennt die Fabel des Menenius Agrippa, die den rebellischen römischen Plebejern an dem Beispiel des menschlichen Körpers vor Augen führte, daß im Staatswesen ein Teil unbedingt auf den andern angewiesen sei und keiner ohne den andern auskommen könne. Die Plebejer also auch nicht ohne die Patrizier. Genau so wenig wie der Magen fortbestehen kann, wenn ihm der Arm nicht Nahrung reicht, oder umgekehrt der Arm, wenn der Magen die Nahrung nicht verdaut. Dieses Beispiel bietet jeder natürliche Körper, jeder gebundene Organismus, in dem alle Teile aneinander gefettet sind, und nicht, wie im Staate, in vermeintlicher Ungebundenheit nebeneinander leben und das Recht der Selbstbestimmung für sich in Anspruch nehmen. Von einem jeden solchen natürlichen Organismus kann der Mensch lernen, daß es auch im Staate der freien Einzelwesen nur nach dem Grundsatz gehen kann. Einer für Alle, Alle für Einen.

Ein ganz überraschendes Bild des wohlgeordneten Staatswesens bietet der Organismus der Pflanze, bei dem Grashalm so gut wie bei dem großen Baum. In allen Pflanzengewächsen finden wir, wie Dr. Klein in der „Natur“ im einzelnen zeigt, eine riesige Zahl von Zellen, die zu einem wohlgeordneten und vortrefflich organisierten Staatswesen zusammengeschlossen sind. Man darf diesen Ausdruck deshalb anwenden, weil in dem Organismus der Pflanze die einzelnen Zellen ganz bestimmte gegeneinander abgegrenzte Aufgaben erfüllen und nur dadurch das Leben und Gedeihen des Ganzen ermöglichen. Es verhält sich damit genau so wie in dem politischen Staat, wo der einzelne Bürger der Träger des Ganzen ist und wo bestimmte Berufsgruppen durch ihre gegenseitige Ergänzung erst der Gesamtheit das Leben ermöglichen. Genau wie der einzelne Mensch besitzt auch die einzelne Zelle ihr

individuelles Leben, das seinen besonderen Entwicklungsgang nimmt. Diesem Einzelleben aber ist die Gruppe übergeordnet, zu der einzelne Zellen zur Erfüllung eines bestimmten Zweckes zusammengeschlossen sind. Und nur wenn jede einzelne Zelle für sich ihre Pflicht tut, können die einzelnen Gruppen ihren Zweck erfüllen und kann der Gesamtorganismus der Pflanze gedeihen.

Und in dem Organismus der Pflanze tut jeder bis zur völligen Erschöpfung seiner Kraft seine Pflicht und Schuldigkeit. Nur zwei Beispiele. Jeder Pflanzenorganismus besitzt einen Wehrstand, der von Pazifismus und Abrüstung nichts weiß und nie etwas wissen wird. Diesen Stand bildet das Zellengewebe, das die Aufgabe hat, den Zellenstaat gegen die feindliche Außenwelt zu schützen. In der Natur herrscht überall Kampf. Der natürliche Feind der Pflanze ist der Pilz, der auf die kleinste Gelegenheit lauert, um in den Organismus der Pflanze einzudringen. Gegen diesen Feind steht das Hautgewebe auf der Wacht, das aus einzelnen Zellen gebildet und so fest zusammengeschlossen ist, daß die einzelnen Glieder eher in Stücke gehen, als daß sie sich voneinander trennen lassen. Diese Haut schützt den inneren Organismus der Pflanze vor dem Eindringen von pflanzlichen oder tierischen Schädlingen. Dieser einheitlichen Schutzdecke sind häufig noch einzelne Zellgruppen als Posten vorgeschoben, Haarpelze, in denen sich der tierische Eindringling fängt, spitze Stacheln und Dornen oder Brennhaare, die jeder von uns bei der Berührung der Brennnessel schon einmal gespürt hat. Außer dem Wehrstand hat der Zellenstaat aber auch einen Nährstand. Das sind in erster Linie die Wurzeln und die Blätter und die den Pflanzenkörper durchziehenden Leitkanäle, die dem inneren Körper die Nahrung zuführen. Die Träger auch dieses Berufsstandes sind die einzelnen Zellen, die zur Erfüllung bestimmter Zwecke in Gruppen zusammengeschlossen sind. Die Wurzel saugt mit ihren feinen Verzweigungen, den Wurzelhaaren, das Wasser aus dem Boden, sie scheidet Säuren aus, mit denen sie das Erdbreich zersetzt und die zur Pflanzennahrung notwendigen Mineralstoffe, Salze aller Art, gewinnt. Die Leitbahnen saugen sich mit der gewonnenen flüssigen Nahrung voll und geben sie an die Nachbarzellen ab, bis der ganze Organismus davon durchdrungen ist. Währenddessen bildet das Blatt mit Hilfe seines Farbstoffes als Tausendkünstler aus dem Wasser des Bodens und der Kohlenensäure der Luft organische Produkte, wie Zucker und Stärke, die es dann ebenfalls an den Gesamtorganismus weitergibt.

So arbeiten sie alle für das Wohl der Gesamtheit, die Einzelzellen verschiedener Art, die man bei einem Fichtenstamm auf über 100 Milliarden schätzt. Nie eine Störung von innen heraus. Wo aber heute 100 Menschen beieinander wohnen, da muß man damit rechnen, daß Streik die Parole ist.

„Den Finger drauf“.

Gefinnungslichtige Demokratie.

Ein Demokratenblatt schreibt in einer Besprechung der neuen Minister in Preußen über den unserer Partei angehörenden Finanzminister Dr. von Richter: „Herr von Richter ist der frühere Oberpräsident von Hannover, der im Herbst vorigen Jahres von Herrn Severing auf seine allgemeine politische Haltung hin verabschiedet wurde. Wir möchten trotzdem nicht ohne weiteres diesen Mann der alten preussischen Verwaltung als „ausgesprochenen Reaktionär“ bezeichnen.“

Auf derselben Seite schreibt das Blatt unter Beiträge zur Regierungsbildung: „Die Volkspartei präferierte für die große Koalition zwei auf dem äußersten rechten Flügel ihrer Partei stehende Männer, Herrn Dr. von Richter als Finanzminister und Dr. Boelz als Kultusminister.“

Echt demokratisch, sich nach beiden Seiten zu sichern, wie bei allen politischen Vorgängen die Partei mit zwei Gesichtern.

Verhinderung der praktischen Arbeit von Studenten.

Ein Studierender der Handelshochschule Berlin hatte zur weiteren Einarbeitung eine Beschäftigung als Volontär bei einer Depositenkasseler Discontogesellschaft gefunden. Die Beschäftigung geschah ohne Entgelt und war für ½ Jahr gedacht. Die Deputation für Arbeit und Gewerbe, Abteilung für Demobilisierungsangelegenheiten, Berlin C. 2, Mollatenmarkt 9-10, hat die Genehmigung zur Beschäftigung verweigert, unter Hinweis darauf, „daß ein Überfluß an Banklehrläufen vorliege“.

Der Vorsitzende des Berliner Studentischen Ausschusses der Deutschen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Dr. Pinnerneil, ist darauf beim Reichsarbeitsminister, beim Minister für Handel und Gewerbe und beim Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vorstellig geworden und hat darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Studienzweigen außerhalb der Technik, besonders die Volkswirtschaftler und die Wirtschaftswissenschaftler, eine praktische Betätigung der Studenten voraussetzen oder erfordern. Die praktizierenden Studenten sind nicht Lehrlingen und Arbeitern gleichzustellen, sofern auf diese die Demobilisierungsbestimmungen zutreffen. Die von den Studierenden geleistete Arbeit wird meist unentgeltlich geleistet und ist kurzfristig geplant. Werden die Studierenden durch solche An- wendung der Demobilisierungsvorschriften, wie im vorliegenden Falle, an der Möglichkeit der Absolvierung der Praxis gehindert, so entsteht in manchen Fällen die Unmöglichkeit, das Studium zu Ende zu führen. Die betreffenden Minister sind gebeten worden, sich dafür einzusetzen, daß durch eine Verfügung die Arbeitsämter angewiesen werden, die gekennzeichneten Fälle als Ausnahmefälle anzusehen.

*

Sozialdemokratischer Pazifismus.

Die mehrheitssozialistische „Frankfurter Volksstimme“ stellte kürzlich Betrachtungen an über die Vorgänge im Südosten Europas und prägte dabei folgenden beachtenswerten Satz:

„Kommt es zum Kriege, so werden die Herzen der internationalen Sozialdemokraten schlagen, wo die Fahnen der „kleinen Entente“ wehen.“

Man rechtfertigt einen derartigen allem sozialistischen Pazifismus hohnsprechenden Gedankengang mit dem Hinweis darauf, die kleine Entente sei in diesem Streit die „Besüßlerin der wahren Demokratie“.

Die „Frankfurter Volksstimme“ überieht dabei vollständig, daß die deutschböhmisches Sozialdemokratie mit Herrn Penesch, dem bekannten Exponenten des französisch-böhmischen Großkapitals, auch dann noch zu den Waffen rief, als die ungarischen Monarchisten bereits aus eigener Kraft die karlistische Gefahr beschworen hatten. Wenn man nun auch gewisse taktische Gründe für das Verhalten der deutschböhmisches Sozialdemokratie gelten lassen könnte, so wirkt es doch geradezu lächerlich, wenn es eben nicht so traurig wäre, daß ein nicht unbedeutendes Organ deutscher Sozialdemokraten die Arbeitermassen auf die Seite der kleinen Entente zu drängen versucht, die vollständig im Solde des französischen Kapitals steht und geschaffen worden ist, um Deutschland vom Südosten her abzuschnüren. Man überieht völlig, daß Frankreich die kleine Entente nur zu dem Zweck hat entstehen lassen, um sein rein imperialistisches Ziele zu erreichen: Österreich und Ungarn in ihr Bereich zu zwingen oder gar aufzuteilen. Wenn die Franzosen zur Erreichung dieser Ziele die kleine Entente ermuntern, das notleidende

Mitteleuropa in das sinnlose Abenteuer über-
eilter und kostspieliger Mobilisation zu kürzen,
dann finden sich also deutsche Sozialdemokraten,
die sich dafür so begeistern, daß sie ihren ganzen
Pazifismus an den Nagel hängen.

Als in der zweiten Hälfte des Weltkrieges
die Entente vorgab, lediglich für die wahre De-
mokratie in Deutschland zu streiten und mithin
eigentlich ein Verbündeter des deutschen Prole-
tariats gegen die Klassenherrschaft sei, da waren
deutsche Sozialisten so naiv, die Flinte ins Korn
zu werfen und ihren Marsch in der Richtung auf
diese fata Morgana anzutreten. Die Folgen
blieben nicht aus. Heute, wo die kleine Entente,
im Dienste Frankreichs stehend, mit dem Säbel
rasselt, braucht sie nur vorzugeben, das geschehe
für die Verteidigung der Demokratie und schon
häufen die deutschen Sozialisten auf ihren Leim.
Man sollte endlich doch einsehen lernen, daß bei
der Beurteilung außenpolitischer Fragen diese
einseitige Anwendung innerpolitischer Lieblings-
neigungen wie die ganze innenpolitische Ein-
stellung der Sozialdemokratie zum Verhängnis
führt.

*

Ende der Lebensmittellisten in Rußland.

Die Sowjetregierung ist dabei, die bisherige
rein kommunistische Wirtschaftsform abzubauen.
Seit dem 10. November gibt es in Rußland keine
Lebensmittellisten mehr. Unterstützung von der
Regierung erhalten nur noch Kinder und Inva-
liden, außerdem die „Arbeiter der ersten Kate-
gorie“, 146 000 an der Zahl.

*

Lenin über die Undurchführbarkeit des kommunistischen Programms.

Die „Iswestija“ in Moskau veröffentlicht den
Text der zweistündigen Rede, die Lenin „über
den neuen Kurs Rußlands“ hielt. Das
Oberhaupt der bolschewistischen Regierung er-
klärte zum erstenmal öffentlich, daß das kommu-
nistische Programm undurchführbar ist. Die
Hauptstellen dieser historischen Rede, die in der
neueren Geschichte Rußlands einen Wendepunkt
bilden, lauten wörtlich:

„Wir haben geglaubt, daß der Besitz auf kom-
munistischer Grundlage aufgeteilt werden könne.
Wir haben uns geirrt. Wir begingen den
Fehler, die Massen im kommunistischen Sinne er-
ziehen zu wollen. Die Praxis hat uns das
Gegenteil gelehrt. Darum waren wir
gezwungen, umgehend einen strategischen Rückzug
anzutreten, um nicht vernichtet zu werden. Wir
haben eine ernste Niederlage erlit-
ten. Künftig müssen alle Zweige der russischen
Volkswirtschaft auf dem persönlichen
Nutzen auf gebaut werden. Gelingt es uns
nicht, dies zu erreichen, so ist das Rußland von
heute verloren und wir mit ihm.“

Aus der Partei.

Vierter Parteitag der Deutschen Volkspartei in Stuttgart.

Der Parteitag findet nach der endgültigen
Festsetzung am 1. und 2. Dezember in Stuttgart
statt.

Tagesordnung:

Donnerstag, den 1. Dezember, 10 Uhr vormittags.

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden des
Zentralkomitees, Dr. Stresemann, M. d. R.
2. Bildung des Büros. Begrüßungen.

3. Die politische Lage. Berichterstatter Dr.
Stresemann, M. d. R.

4. Zur Reform der Rechtspflege. Bericht-
erstatter: Professor Dr. Dr. Kahle, M. d. R.

5. Aussprache.

An die Bezieher des „Beobachters“.

Alle Beschwerden über unregelmäßige
Zustellung des „Beobachters“ bitten
wir bei dem Briefträger oder der
Postanstalt des Ortes anzubringen.
Sollten dieselben erfolglos sein, so bitten
wir, der Geschäftsstelle Siegen, Brüder-
weg 1, davon Mitteilung zu machen.
Die Geschäftsstelle der D. V. P. Siegen,
Brüderweg 1.

5. Geschäftsbericht. Berichterstatter:
Rechtsanwalt Kempkes, M. d. R.

6. Beschlußfassung über die An-
derung der Satzung der Partei. Bericht-
erstatter: Rechtsanwalt Kempkes, M. d. R.

Freitag, den 2. Dezember, 10 Uhr vormittags.

1. Wirtschaft und Reichsfinanzen.

a) Die Steuerreform: Finanzminister
a. D. Dr. Beder, M. d. R.

b) Ernährung und Landwirt-
schaft: Vorsitzender des Reichslandbundes
Hepp, M. d. R.

c) Der gewerbliche Mittelstand:
Senator Benhien, M. d. R.

2. Aussprache.

3. Kulturprobleme der Gegenwart. Bericht-
erstatter: Geh. Rat Dr. Kunkel, M. d. R.;
Frau Dr. Wolff, M. d. Bayer. L.

4. Aussprache.

Die Sitzung des Zentralkomitees findet am
Mittwoch, dem 30. November, 10 Uhr vormittags,
im Stadtpark statt.

Begrüßungsabend am 30. November
im Stadtpark, gemeinsames Essen am
Freitag, dem 2. Dezember, abends, ebenda.

Die Fachauschüsse tagen am Samstag,
dem 3. Dezember.

Die große öffentliche Versammlung, in der
Abg. v. Kardorff spricht, findet am 1. De-
zember, abends, im Festsaal der Liederhalle statt.
Die öffentliche Mittelstandsver-
sammlung ist auf Dienstag, den 29. November,
abends, festgesetzt, die Beamtenversammlung auf
Samstag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr.

Alle für den ursprünglichen Parteitagstermin
bei der Geschäftsstelle Stuttgart der Deutschen
Volkspartei, Gymnasiumstraße 16, aufgegebenen
Quartier- und sonstigen Bestellungen sind mit der
Verschiebung des Parteitages hinfällig geworden.
Die Quartiere müssen bei der Geschäftsstelle
neu angemeldet werden, wozu die den Ein-
ladungen beiliegenden Bestellkarten benutzt wer-
den können. Die Einladungen nebst Ausweisen
und Quartierbestellkarten sind versandt worden.

*

Erklärung.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat
gegen die neue Besoldungsordnung, deren Ver-
besserungen sie anerkennt, manche ernststen Be-
denken; wenn wir gleichwohl der Regierungs-
vorlage zustimmen, so tun wir es, weil wir an-
gesehen der Not der Beamten, Ruhegehalts-
empfänger und Hinterbliebenen eine Verzöge-
rung der Auszahlung nicht verantworten können.

Wir legen aber erneut Verwahrung gegen
das seit einiger Zeit von der Regierung geübte
Verfahren ein, dem Reichstage nur die Wahl
zwischen unveränderter Annahme einer mit den

Beamtenorganisationen und Gewerkschaften ver-
einbarten Vorlage oder einer unerträglichen Ver-
zögerung der Auszahlungen zu lassen, und wir
freuen uns, daß der Herr Reichsfinanzminister
Dr. Hermes in dieser Beziehung unsere Auffas-
sung teilt. Die Beamtenschaft ist bei dieser Um-
gehung des Reichstages noch nie gut gefahren
und verlangt mit Recht, daß der Reichstag und
nicht ein Gutachterausschuß, in dem die Arbeiter-
gewerkschaften die Mehrheit haben, ihre Inter-
essen vertritt.

Unsere Zustimmung zum Regierungsentwurf
wird unter der Voraussetzung gegeben, daß die
Regierung der gemeinsamen Entscheidung aller
Parteien nachkommt. Von der in dieser Ent-
scheidung geforderten neuen Besoldungsordnung
erwarten wir, daß sie

1. schon der untersten Gruppe zum Lebens-
unterhalt einer Familie vollkommen aus-
reichende Bezüge gewährt,
 2. von Gruppe zu Gruppe Einkommensteigerun-
gen vorsieht, die dem Werte der Leistungen
entsprechen und einen Anreiz zum Aufwärts-
streben und Verbleiben im Reichsdienst
geben,
 3. die Kinderzulagen beträchtlich erhöht,
 4. die Spannung in den Bezügen gleichartiger
Beamten in Orten verschiedener Ortsklassen
stark vermindert und insbesondere die Prü-
fung nicht vermissen läßt, ob nicht der bis-
herige Ortszuschlag besser durch einen ver-
edelten Wohnungsgeldzuschuß zu ersetzen ist.
- Nachdem nunmehr für den Augenblick der
drückendsten Not von der Regierung ein Geset-
zentwurf zur Unterstützung von Empfängern von
Invalidenrenten vorgelegt worden ist, sprechen
wir die bestimmte Erwartung aus, daß unver-
züglich die schon lange in Aussicht gestellten Maß-
nahmen zur Linderung der Not der Kleinrentner
getroffen werden.

*

Die Abschaffung des Bußtages verfassungswidrig.

Die Reichstagsabgeordneten der Deutschen
Volkspartei Leutheuser, Dr. Kunkel, D. Ever-
ling, Dr. Luther, Dr. Richter und Dr. Kahle
haben an die Reichsregierung folgende Anfrage
gerichtet:

Der Landtag für Thüringen hat in
seiner Sitzung vom 8. November 1921 ein Gesetz
angenommen, durch welches der Bußtag für
das Land Thüringen aufgehoben worden ist. Der
Bußtag ist ein allgemein staatlich anerkannter
Feiertag, der auf den Mittwoch, der dem Toten-
sonntag vorangeht, festgelegt ist.

Die Aufhebung dieses Feiertages für das
Land Thüringen widerspricht sonach dem Ar-
tikel 139 der Reichsverfassung.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um
die Beachtung der Reichsverfassung und des Ar-
tikels 139 durchzusetzen?

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen
Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Kern-
1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G.
Steinhilber (Kern 1472). Gedruckt bei W. Vor-
länder, Obergraben 5/6, sämtlich in Siegen.



Parteiabzeichen

mit lang. Nadel, l. verflocht 5.75 M., l. vergolbet 6.— M.
als Brosche „ 5.75 „ „ 6.— „
als Knopf „ 6.— „ „ 6.— „
Manschettenknöpfe „ 14.— „
(Preise freibleibend)

Sind zu beziehen von der
Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei
Berlin SW. 48, Friedrichstraße 226.

In 40 Minuten verladefähig sind die mit meinem Universal-Eisenlack

gestrichenen Materialien.

Selbst bei der größten Inanspruchnahme ist ein Brechen u. Reißen dieses Lackes vollständig ausgeschlossen.

Preis: Im Faß Mark 6.—, in Kannen (nicht unter 25 kg) Mark 6.40 per kg ab hier ausschließlich Verpackung.

Wennemar Gatermann, Lack- und Kittfabrik, Eiserfeld (Sieg).

Der Winter-Fahrplan

der Siegener Zeitung ist erschienen und durch uns und unsere Zeitungsboten zu beziehen.

Preis M. 1.50.

Verlag der Siegener Zeitung.

Offiz. Mann, Tinsan

G. m. b. H.
Berufsprüfer Nr. 118
Frankfurter Str. Nr. 7

Abtlg. 1

Alle Sorten
Papiere
Bachstoffe
Bappen

in Bogen, Rollen und Apparateformen, für Industrie, Handel und Gewerbe

Installationsgeschäft.

Neuanlagen, Reparaturen u. Verlegung von Zentralheizungen aller Systeme, Verlegen von Rohrleitungen an Gas-, Wasser-, Dampf- und sanitären Anlagen werden ausgeführt.

Otto Vint, Siegen (Westf.),
Frankfurter Straße 23.

Wir erbitten Angebote für Anfang Januar 1922
Lieferbare

la. Eisenbleche

5000 Tafeln	1220 x 760 mm	Nr. 17, 18 od. 15
1000 "	1800 x 600 "	" 19
1500 "	1650 x 550 "	" 19
1500 "	2000 x 1000 "	" 20
1000 "	1800 x 900 "	" 20 od. 21.

Emaillierwerk Peters, Eiserfeld.

Das D.B.P.-Nachrichtenblatt

muss in jedem Verein in mindestens einem Stück gelesen werden. Es unterrichtet über alle wichtigen politischen Vorgänge, versorgt die Vereine und Redner mit Stoff, bringt die Ankündigungen und Mitteilungen der Parteileitung und Reichsgeschäftsstelle, ist somit

für alle Vorstände unentbehrlich.

Es wird nur an eingetragene Parteimitglieder geliefert; Bestellungen an die Reichsgeschäftsstelle Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226.

Bezugspreis vierteljährlich 5.40 M. einschl. Bestellgeld.

Wir suchen

für zahlreiche Kautiebbhaber
verlässliche Häuser
jeder Art. Nur Angebote von
Erbteiligentümern. Verkauft
„Haus- und Grundbesitz.“
Frankfurt a. M., Schillerhof.

Hier oder Ungegend suche ich
Wohnhaus od. Villa
bei hoher Anzahlung zu
kaufen. Nur von Festber.
Kaufe sonst auch Grundstücke.
Ausführliche Angebote mit
Preis an H. 161 „Stein-
Haus-Exp.“, Hannover,
Gefertstraße 15. S741

Hotel oder Gasthof
Gegend gleich, oder ein
Grundstück
zur Einrichtung eines Ge-
schäftes pass. zu kaufen gesucht.
Beiste jede Ang. Agenten ver-
boten. S741
Off. unter E. 162 „Stein-
Haus-Exp.“, Hannover,
Gefertstraße 15.

Elektromotoren

neu und gebraucht zu Tausch,
Kauf und Miete

**Elektro-
Waschmaschinen
Original
Osramlampen**

jeder Größe zu günstigen
Preisen S777



Gustav Stähler, Ing.-Büro,
Bauhütten i. W. — Fernbr. 1488 Siegen.

Generalvertretung

für größere Bezirke von bahnbrechenden mit größtem
Erfolge eingeführten Artikeln an Firma oder strebsamen
Herrn mit 15 bis 20 000 M. Betriebskapital zu vergeben.
Selbständigkeit! Hohes Einkommen!
Spezialkenntnisse unnötig. Neffameunterstützung.
Angebote unter B. N. T. 8054 an Ala-Saaten-
Rein & Vogler, Cassel. S737

„Der Beobachter“

ist in

Siegen	Montanus, Filiale Kölner Tor 2
Siegen	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Kreuztal	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Erndtebrunn	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Altena i. W.	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Reinthal	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Reinheim-Hüften	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Zinnentrop	Bahnhofsbuchhandlung Montanus

käuflich zu haben.

Wir bitten unsere Leser, bei Reisen von dieser Ge-
legenheit Gebrauch zu machen. Preis 30 Pfennig.

Das Reparationsproblem

von Dr. Otto Hugo, M. d. R.
Bestell Nr. III. - 11. Drahtwort: Schriftbtem
Einzelpreis 50 Pfg., bei größeren Bezügen
Ermäßigung.

Inhalts-Überblick.

1. Die Last der Reparation
2. Der jährliche Deckungsbedarf
3. Die Steuerpläne der Reichsregierung
4. Die Grenzen der Steuerleistung
5. Die Erfassung der Goldwerte
6. Die Auslieferung der deutschen Wirtschafts-
substanz an das Ausland
7. Die Erschütterung der Wirtschaftslage
8. Die Goldbilanz
9. Die Umwandlung der Papierwerte in Gold-
werte
10. Die Sachleistungen an die Entente
11. Die Verbesserung unserer Zahlungsbilanz
durch den Außenhandel
12. Die Einsparung an Einfuhrwerten
13. Die Steigerung der Produktion und Waren-
ausfuhr
14. Die Befreiung des deutschen Außenhandels
von der Außenhandelskontrolle
15. Die Einfuhrabwehr der Industriestaaten
16. Die handelspolitische Fesselung durch das
Ultimatum
17. Schlussfolgerung

Die kleine Flugchrift ist für jeden unent-
behrlich, der sich über das Reparationsproblem
unterrichtet und seine wirtschaftlichen, steuer-
lichen und politischen Auswirkungen übersehen
will.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 226
Postcheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 51 031
Drahtanschrift: Staatspolitisch-Berlin.

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1.

Werkzeugschlosser, Modellschreiner, mehrere Dreher

für dauernde Beschäftigung gesucht. S7893

**Kub. Zettelmeyer, Maschinen-
fabrik, Konz.**

Ausschneiden! Umschicken!
Portofrei an die Post senden!

Siermit bestelle ich zum viertel-
jährlichen Bezugspreise von

Mark 4.50

einschließlich Postgebühren die
Wochenschrift

„Der Beobachter“
(Erscheinungsort Siegen.)

Name _____
Wohnort _____ Straße _____